

## NIEDERSCHRIFT Rat/031/2008

über die Sitzung **des Rates der Stadt Billerbeck** am 25.09.2008 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Herr Jochen Dübbelde  
Herr Bernhard Faltmann  
Herr Günther Fehmer  
Herr Thomas Hagemann  
Herr Florian Heuermann  
Herr Ludger Kleideiter  
Herr Bernhard Kortmann  
Herr Willi Krause  
Herr Dr. Wolfgang Meyring  
Frau Brigitte Mollenhauer  
Herr Franz-Josef Schulze  
Thier  
Frau Birgit Schulze Wierling  
Herr Karl-Heinz Ueding  
Herr Werner Wiesmann  
Herr Franz Becks  
Herr Jürgen Brunn  
Herr Hans-Jürgen Dittrich  
Herr André Heßling  
Frau Margarete Köhler  
Herr Peter Nowak  
Herr Martin Pfeiffer  
Herr Hans-Joachim Spengler  
Herr Simon Drows  
Herr Ulrich Schlieker

Entschuldigt fehlen:

Frau Gabriele Mönning  
Herr Thomas Tauber

Von der Verwaltung:

Herr Rainer Hein  
Herr Peter Melzner  
Herr Hubertus Messing  
Herr Gerd Mollenhauer  
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Aufgrund neuer Erkenntnisse zieht Herr Nowak den Antrag der SPD-Fraktion betr. „Hilfe für die Billerbecker Schulen; Schulverwaltungsassistenten“ zurück und bittet den Tagesordnungspunkt 12. der öffentlichen Sitzung ersatzlos zu streichen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

## **TAGESORDNUNG**

### **I. Öffentliche Sitzung**

1. **Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**  
Herr Messing berichtet über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Rates gefassten Beschlüsse. Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.
  
2. **Gründung einer Infrastrukturgesellschaft hier: Netzgesellschaft Billerbeck mbH**  
Frau Dirks schlägt vor, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, da noch keine neuen Erkenntnisse vorliegen. Ein Zeitdruck bestehe nicht. Dem Vorschlag von Frau Dirks wird einstimmig gefolgt.
  
3. **Lagebericht des Abwasserbetriebes der Stadt Billerbeck Abschluss für das Wirtschaftsjahr 2006**  
Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses an und fasst folgenden

**Beschluss:**

- Die in der Anlage I zum Jahresabschlussbericht aufgeführte Bilanz zum 31.12.2007 (Jahresabschluss 2007) wird genehmigt und festgestellt.
- Die in der Anlage II zum Jahresabschlussbericht aufgeführte Gewinn- und Verlustrechnung 2007 mit Anhang (Anlage III) wird genehmigt und festgestellt.
- Der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007 zum Jahresabschluss (Anlage IV) wird genehmigt und festgestellt.
- Die Betriebsleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2007 entlastet.
- Der festgestellte Jahresfehlbetrag in der Höhe von 1.664,15 € wird mit dem Gewinnvortrag verrechnet.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**4. Nachkalkulation zur Gebührenbedarfberechnung für das Wirtschaftsjahr 2007 für die öffentliche Einrichtung Abwasserbeseitigung in der Stadt Billerbeck**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses an und fasst folgenden

**Beschluss:**

Die in der Nachkalkulation zur Gebührenbedarfsberechnung 2007 ausgewiesene Unterdeckung in der Höhe von 71.872,49 € wird spätestens für die Kalkulation des Wirtschaftsjahres 2009 eingestellt.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**5. 4. Änderung des Bebauungsplanes "Industriegebiet Hamern" hier: Ergebnisse der frühzeitigen Bürger- und Behördenbeteiligung**

Herr Fehmer stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt heute abzusetzen. Zur Begründung führt er aus, dass es in den Vorberatungen im Bezirks- und im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss umfangreiche Diskussionen gegeben habe, weil die Anlieger in einem Brief deutlich dargelegt haben, dass sie strikt gegen die Überplanung ihrer Flächen sind. In der Stadtentwicklungs- und Bauausschusssitzung sei Einvernehmen erzielt worden, dass mit den Beteiligten noch einmal Gespräche geführt werden sollen. Diese Gespräche müssten geführt werden, bevor der Plan in die Offenlage gehe, weil sich in den Gesprächen mit den Anliegern noch Änderungen ergeben könnten. Es wäre kontraproduktiv, die Anlieger jetzt vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Herr Nowak pflichtet Herrn Fehmer bei, dass man mit den Bürgern offen und ehrlich umgehen müsse, dabei müsse man aber auch klar sagen, was man wolle. Die CDU präsentiere sich als Wirtschaftsförderungspartei und knicke dann immer wieder ein. Einer Vertagung werde die SPD-Fraktion nicht zustimmen.

Herr Fehmer bekräftigt, dass die CDU-Fraktion für die Ausweisung von Gewerbegebieten stehe. Sie würden aber nicht mit der Brechstange vorgehen und die Bürger vor vollendete Tatsachen stellen. Sie wollten die Bürger mitnehmen. Offenbar habe es in den bisher mit den Anliegern geführten Gesprächen erhebliche Missverständnisse gegeben, die einer Klarstellung bedürften. Deshalb könne heute die Aufstellung des Bebauungsplanes und die Offenlage nicht beschlossen werden.

Herr Schlieker wirft die Frage auf, welche Änderungen noch möglich sein sollen. Alle Alternativen seien geprüft und ausgelotet worden. Die Fronten scheinen verhärtet zu sein.

Herr Becks betont, dass von allen neue Gewerbeflächen gefordert werden. Die einzige Möglichkeit, diese auszuweisen, bestehe in Hamern. Er sei davon ausgegangen, im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss einen Schritt weiter gekommen zu sein, als im Bezirksausschuss. Man habe

sich darauf verständigt, parallel vorzugehen, um einen Bebauungsplan vorliegen zu haben. Daneben sollten weitere intensive Gespräche mit den Bürgern geführt werden. Er fragt nach, warum jetzt wieder alles in die Zeit gestellt werden soll.

Frau Dirks betont, dass man Beschlüsse benötige, um weiter zu kommen. Sie könne verstehen, dass es schwierig ist, wenn private Grundstücke überplant werden und bedaure sehr, dass es Missverständnisse gegeben habe. Mit den Anliegern sei über alles gesprochen worden, niemand sei unter Druck gesetzt worden. Sie wehre sich nicht gegen weitere Gespräche, diese müssten dringend geführt werden. Hierfür brauche sie aber den Rückhalt des Rates, damit Klarheit bestehe, dass die Planung weiter betrieben wird. Ansonsten könnten die Anlieger hoffen, dass vielleicht doch nichts passiere. Insofern sei der Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses sehr hilfreich.

Er habe bereits im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss deutlich gemacht, so Herr Dittrich, dass weitere Gespräche geführt und man die Bedenken der Anlieger ernst nehmen müsse. Er könne dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses heute folgen.

Frau Dirks weist darauf hin, dass heute nur ein weiterer Schritt der Planung beschlossen werde, das Verfahren könne auch wieder gestoppt werden.

Herr Faltsmann stellt heraus, dass es wünschenswert und wichtig für Billerbeck sei, Gewerbegrundstücke vorzuhalten. Nur das Wohl und Wehe der Stadt hänge nicht davon ab, ob 4 oder 5 Bürgern ihre Grundstücke „abgepresst“ werden.

Frau Dirks entgegnet, dass heute lediglich über die Offenlage beschlossen werden soll und nicht über das Eigentum der Bürger.

Herr Nowak weist mit Nachdruck darauf hin, dass es nicht um das „Abpressen von Grundstücken“ gehe.

Frau Mollenhauer erklärt, dass Anlieger sich an die CDU-Fraktion gewandt hätten, weil es Differenzen zwischen ihnen und der Verwaltung gegeben habe und Missverständnisse rechtlicher Art bestanden hätten. Die Anlieger seien gesprächsbereit, hieran müsse man weiter arbeiten und vor allem vertrauensbildende Maßnahmen ergreifen.

Auch die SPD-Fraktion nehme die Bedenken der Anlieger sehr ernst, so Herr Dittrich. Dennoch könne man das eine tun und das andere nicht lassen. Es werde keine Enteignung oder Umlegung beschlossen. Da der heutige Beschluss auch weitere Gespräche mit den Anliegern vorsehe, sehe er keinen Grund, den Beschluss nicht zu fassen und stellt den Antrag auf Abstimmung.

Herr Schlieker macht ebenfalls deutlich, dass im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss beschlossen worden sei, die Gespräche weiter zu führen

und parallel Alternativen zu prüfen. Das halte er nach wie vor für den richtigen Weg.

Frau Dirks lässt dann über den Antrag des Fehmer auf Vertagung des Tagesordnungspunktes abstimmen. Diesem Antrag wird mit **12 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung abgelehnt.**

Dann lässt Frau Dirks über den Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses abstimmen. Der Rat fasst folgenden

**Beschluss:**

1. Die Bedenken von den Eheleuten Fehlker, den Eheleuten Jörling und Frau Jülicher bezüglich der zu erwartenden Belastungen durch die zukünftigen Betriebe werden durch die beschriebenen Maßnahmen und Festsetzungen berücksichtigt.
2. Den Bedenken von Herrn Austerschulte bezüglich der Industriegebietsfestsetzung wird entsprechend der Ausführungen begegnet.
3. Den Anregungen des Landesbetriebes Wald und Forst. NRW, der IHK NRW und der Fachdienste des Kreises Coesfeld werden gefolgt.
4. Die angeregten Leitungsrechte und Schutzstreifen für die RWE und die Bitte zur frühzeitigen Einbindung aller Versorgungsträger in die weitere Planung werden berücksichtigt.
5. Es wird beschlossen, die 4. Änderung des Bebauungsplanes „Industriegebiet Hamern“ aufzustellen. Das Plangebiet liegt in der Gemarkung Billerbeck-Kirchspiel, Flur 39 und 40, und wird umgrenzt:
 

im Nordosten	durch die nordöstliche Grenze des Flurstückes 98, Flur 39
im Nordwesten	durch die südöstlichen Grenzen der Flurstücke 153 (Flur 40), 174 (Flur 40), 151 (Flur 39) und 161 (Flur 40), bis zur südwestlichen Grenze des Flurstückes 59, Flur 40
im Südwesten	durch die Berkel
im Südosten	durch die nordwestliche Grenze des Flurstückes 40, Flur 39, ausschließlich des Flurstückes 16, bis zum gemeinsamen Grenzpunkt mit dem Flurstück 98, Flur 39.
6. Der Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes „Industriegebiet Hamern“ und der Entwurf der Begründung mit Umweltbericht werden für die Offenlegung gebilligt.
7. Der Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes „Industriegebiet Hamern“ und der Entwurf der Begründung mit Umweltbericht sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Parallel erfolgt die Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung nach § 2 Abs. 2 BauGB.
8. Die Beschlüsse sind ortsüblich bekannt zu machen.

**Stimmabgabe:** 16 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

6. **3. Änderung des Bebauungsplanes "Sportzentrum Helker Berg" hier: Ergebnisse der Offenlage und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange**  
Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs-

und Bauausschusses an und fasst folgenden

**Beschluss:**

1. Der Hinweis der Brandschutzdienststelle des Kreises Coesfeld wird zur Kenntnis genommen.
2. Gem. § 8 Abs. 2 BauGB wird festgestellt, dass die 3. Änderung des Bebauungsplanes „Sportzentrum Helker Berg“ aus dem Flächennutzungsplan entwickelt worden ist.
3. Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie der §§ 7 und 41 GO NRW unter Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange die 3. Änderung des Bebauungsplanes „Sportzentrum Helker Berg“ nach § 1 Abs. 7 BauGB als Satzung. Diese besteht aus der Planzeichnung, dem Text und der Begründung hierzu.
4. Gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist ortsüblich bekannt zu machen, dass die 3. Änderung des Bebauungsplanes „Sportzentrum Helker Berg“ beschlossen worden ist.

Rechtsgrundlagen sind:

- Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung vom 23. September 2004 (BGB1 I S. 2141) in der zur Zeit geltenden Fassung
- Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023) in der zur Zeit geltenden Fassung
- Die Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) vom 1. März 2000 (GV NRW S. 256/SGV NRW 232) in der zurzeit geltenden Fassung

**Stimmabgabe:** einstimmig

**7. Widmung der Straßen "Hoher Weg" und "Steenpättken" im Abschnitt zwischen Bockelsdorfer Weg und Windmühlenweg zu öffentlichen Straßen**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Straßen „Hoher Weg“ und „Steenpättken“ im Abschnitt zwischen Bockelsdorfer Weg und Windmühlenweg werden als Gemeindestraßen gemäß § 6 StrWG ohne Beschränkungen der Widmung auf bestimmte Benutzungsarten, Benutzungszwecke oder Benutzerkreise sowie etwaige sonstige Besonderheiten gewidmet. Die Widmung ist gemäß § 6 Absatz 1 StrWG öffentlich bekannt zu machen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**8. Anschaffung eines neuen Einsatzleitwagens für die Freiwillige Feuerwehr**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des HFA an und fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Stadt Billerbeck schafft im nächsten Jahr einen Einsatzleitwagen (ELW 1) für die Feuerwehr zum Preis von ca. 98.000,00 € an. Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit erfolgt eine gemeinsame Ausschreibung mit weiteren 4 kreisangehörigen Kommunen, die ebenfalls einen ELW 1 anschaffen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**9. Stellungnahme gemäß § 80 Schulgesetz NRW zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Rosendahl**

Frau Dirks erläutert, dass die Angelegenheit heute auf der Tagesordnung des Rates stehe, um den von der Gemeinde Rosendahl gesetzten Termin zur Abgabe der Stellungnahme einhalten zu können. Der Schulausschuss habe auf eine Vorberatung verzichtet.

Herr Messing erläutert den in der Sitzungsvorlage dargelegten Sachverhalt.

Den umfangreichen Ausführungen der Verwaltung müsse man nicht viel hinzufügen, so Herr Fehmer. Um in Billerbeck die für eine vernünftige Differenzierung erforderliche Zweizügigkeit sicherzustellen, könne der regionale Konsens nicht erteilt werden. Das Schulgesetz eröffne zwar die von Rosendahl angestrebte Möglichkeit des Zusammenschlusses von Schulen, setze dabei aber auch gegenseitige Rücksichtnahme voraus. Diesbezüglich könne er nur an Rosendahl appellieren. In Billerbeck bestehe eine hervorragend aufgestellte Realschule. Erstaunt habe ihn, dass das Büro, das die Machbarkeitsstudie erstellt habe, selber zu dem Ergebnis gelangt sei, dass – wenn das Projekt in Rosendahl verwirklicht werde - die dauerhafte Zweizügigkeit an der Realschule Billerbeck gefährdet sei. Hier müsse man die Interessen der Billerbecker Realschule vertreten und vor diesem Hintergrund könne die CDU-Fraktion leider den regionalen Konsens nicht erteilen.

Herr Dittrich pflichtet dem bei. Die Gefährdung der Billerbecker Realschule sei der entscheidende Gesichtspunkt. Deshalb könne er den Ausführungen der Verwaltung folgen. Er bitte darum, in der Stellungnahme der Stadt Billerbeck mit aufzuführen, dass nicht der Verbund der Hauptschulen Rosendahl und Legden kritisch gesehen werde, sondern die Einrichtung eines neuen Realschulzweiges.

Herr Schlieker fügt hinzu, dass es in Zeiten sinkender Schülerzahlen keinen Sinn mache, noch eine neue Schulform einzurichten.

Unter Berücksichtigung der Anregung des Herrn Dittrich fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

Die Stadt Billerbeck ist mit der laut Punkt 11.5 des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Rosendahl beabsichtigten Erweiterung um einen Realschulzweig an der neu zu gründenden Verbundschule Legden Rosen-

dahl nicht einverstanden. Der regionale Konsens wird verweigert, da die Städt. Realschule in Billerbeck ohne die Darfelder Schülerinnen und Schüler nicht mehr gesichert zweizügig wäre.

Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne die gem. § 80 Schulgesetz erforderliche Stellungnahme zu erstellen und entsprechend zu begründen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**10. Stellungnahme gem. § 80 Schulgesetz NRW zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Havixbeck**

Frau Dirks führt aus, dass die Stellungnahme zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes eigentlich im Schul- und Sportausschuss hätte vorberaten werden müssen. Leider sei die Angelegenheit im zuständigen Fachbereich liegen geblieben. Um Havixbeck nicht länger warten zu lassen, sei der Punkt heute auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Herr Messing erläutert den Sachverhalt.

Herr Dr. Meyring stellt heraus, dass der Schul- und Sportausschuss nicht nur aus Ratsmitgliedern, sondern auch aus Vertretern der Schulen und Kirchen bestehe. Wenn der Schul- und Sportausschuss übergangen werde, könne ja demnächst auf diesen Ausschuss verzichtet werden. Dann lasse die Verwaltung die Angelegenheiten liegen und setze sie auf die Tagesordnung des Rates. Das sei nicht in Ordnung.

Frau Dirks weist die Unterstellung, bewusst so vorgegangen zu sein, um den Schulausschuss zu umgehen, als nicht gerecht zurück. Selbstverständlich könnte die Angelegenheit heute auch abgesetzt und in der nächsten Schul- und Sportausschusssitzung zunächst vorberaten werden.

Herr Nowak sieht es als unproblematisch an, heute einen Beschluss zu fassen, auch wenn ein Fehler passiert sei. Die von der Gemeinde Havixbeck gesetzte Frist sollte eingehalten werden, zudem bestünden keine Einwände gegen die vorgelegte Planung.

**Beschluss:**

Der Schulentwicklungsplan der Gemeinde Havixbeck für den Zeitraum 2008 – 2012 wird zur Kenntnis genommen. Einwände werden nicht erhoben.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**11. Antrag der CDU-Fraktion vom 09. September 2008  
hier: Änderung des Sparkassengesetzes**

Herr Fehmer begründet den CDU-Antrag. Die Änderung des Sparkassengesetzes werde überall diskutiert. Deshalb sei es ihm wichtig, von ei-

nem Vertreter der Sparkasse Westmünsterland auf den Stand der Dinge gebracht zu werden.

Herr Nowak hält das Gesetz für unsinnig. Es schade den Interessen der Mitarbeiter der Sparkassen und den Kommunen. Er sehe keinen Beratungsbedarf. Wenn es der CDU-Fraktion allerdings helfe, würde er einer Verweisung an den HFA zustimmen.

Herr Schlieker hat ebenfalls keinen Beratungsbedarf, wohl aber einen Informationsbedarf. Deshalb stimmt er einer Verweisung in den HFA zu.

Frau Dirks merkt an, dass der Antrag nicht an den HFA verwiesen werden müsse. Sie werde zur nächsten HFA-Sitzung einen Vertreter der Sparkasse Westmünsterland einladen.

Herr Brunn regt an, dass der Vertreter der Sparkasse auch erläutern sollte, ob die Sparkasse von der derzeitigen Immobilienkrise betroffen ist.

**Beschluss:**

Dem Antrag der CDU-Fraktion vom 9. September 2008 wird gefolgt.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**12. Antrag der SPD-Fraktion vom 11. September 2008**

**hier: Schulverwaltungsassistenten**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

**13. Antrag SPD-Fraktion vom 16.09.2008**

**hier: Hilfsmittel für behinderte Schüler an Billerbecker Schulen**

Herr Dittrich begründet den SPD-Antrag.

Nach kurzer Erörterung, in der verwaltungsseitig heraus gestellt wird, dass bisher die Aufnahme behinderter Kinder nicht an finanziellen Mitteln gescheitert ist, fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 16. September 2008 wird an den Schul- und Sportausschuss verwiesen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**14. Bürgeranregung gemäß § 24 GO NW**

**hier: Radweg an der K 13 (Billerbeck-Darup)**

Herr Mollenhauer erläutert, dass in den vergangenen Jahren mehrfach über den Ausbauplan des Kreises Coesfeld gesprochen worden sei. Dabei sei immer deutlich darauf hingewiesen worden, dass dieser Radweg

als äußerst wichtig angesehen werde. Die Bemühungen hätten inzwischen Erfolg gehabt. Praktisch zeitgleich mit dem Antrag der Anlieger sei eine Durchschrift der Programmanmeldung des Kreises Coesfeld an die Bezirksregierung eingegangen, als Baubeginn werde 2011/2012 angegeben. Um die Sache voran zu bringen, werde noch ein Gespräch mit dem Landrat geführt.

Herr Nowak äußert die Hoffnung, dass der Radweg evtl. noch eher ausgebaut werden kann. Die Verwaltung sollte sorgsam, aber mit Druck an die Sache herangehen.

Herr Schlieker weist darauf hin, dass von Altenberge in Richtung Havixbeck ein sog. „Bürgeradweg“ gebaut werde. Es wäre interessant zu erfahren, wie dieser Radweg finanziert werde, da die Mittel nicht aus dem innovativen Radwegebau stammten.

Frau Dirks sagt zu, entsprechende Erkundigungen einzuholen und schlägt vor, den Bürgerantrag an den Fachausschuss zu verweisen. Hiermit erklären sich die Ratsmitglieder einverstanden.

## **15. Mitteilungen**

### **15.1. Neuer Sitzungskalender - Herr Messing**

Herr Messing verweist auf den allen vorliegenden neuen Sitzungskalender.

### **15.2. Gefährliche Verkehrssituation K & K/Lidl-Parkplatz - Herr Messing**

Herr Messing teilt zu dem Hinweis des Herrn Brunn, dass die Sicht bei der Ausfahrt des K & K/Lidl-Parkplatzes durch die hoch gewachsene Hecke behindert sei mit, dass der Rückschnitt in der 27. Kalenderwoche durch K & K/Lidl erfolgt sei.

### **15.3. Parkende LKW im Gewerbegebiet Hamern - Herr Messing**

Herr Messing teilt zu dem Hinweis des Herrn Fehmer auf nachts parkende LKW und den damit verbundenen Problemen wegen Fehlens einer öffentlichen Toilette mit, dass nach Rücksprache mit einem Mitarbeiter der Fa. Suwelack die Fahrer Tag und Nacht die Firmentoiletten benutzen könnten.

#### **15.4. Beidseitiges Befahren von Einbahnstraßen durch Radfahrer - Herr Messing**

Herr Messing weist zu der Anfrage von Herrn Pfeiffer bzgl. des beidseitigen Befahrens von Einbahnstraßen durch Radfahrer darauf hin, dass es gemäß der Straßenverkehrsordnung und den dazu gehörigen Verwaltungsvorschriften keine zusätzlichen Markierungen o. ä. gebe, um Kraftfahrer auf entgegen kommende Radfahrer in Einbahnstraßen hinzuweisen. Die Straßenverkehrsbehörde führe in ihrer Stellungnahme zu dieser Thematik aus:

„Deutlich ist in der StVO aber auch gesagt, dass bei Problemen bezüglich einer solchen Verkehrsregelung die Straßenverkehrsbehörde berechtigt, womöglich sogar verpflichtet ist, die Regelung wieder aufzuheben. Dabei nimmt man Bezug auf etwaige Unfälle, die sich ereignet haben. Es bleibt also in diesbezüglichen neuralgischen Bereichen, wie z. B. auf der Schmiedestraße zwischen Kirchstraße und Holthäuser-/Darfelder Straße immer zu beobachten, wie das Verhalten zwischen Radfahrer und anderen Verkehrsteilnehmern funktioniert bzw. nicht verkehrsgefährdend erscheint.

Der Politik kann ich daher nur empfehlen, nochmals darüber nachzudenken, ob die in Billerbeck bestehende Regelung für Radfahrer auf Dauer Bestand haben kann.“

Herr Nowak regt an, in Dülmen Erkundigungen einzuholen, denn dort seien Piktogramme aufgebracht. Es gebe also praktische Wege, die nicht gegen die Verkehrsordnung verstoßen.

Auf Vorschlag von Frau Dirks wird das Thema im Fachausschuss beraten.

#### **15.5. Coesfelder Tafel - Frau Dirks**

Frau Dirks führt zu dem Hinweis von Herrn Schlieker, dass es einige Bedarfsgemeinschaften aus Billerbeck gebe, die ihre Einkäufe bei der Coesfelder Tafel tätigen wollten, dies aber nicht könnten, weil sie kein Auto besäßen oder das Geld für das Bahnticket fehle, aus, dass mit der Coesfelder Tafel vereinbart worden sei, dass die Familien über die Tafel informiert werden, dass sie sich bei Problemen hier melden können und dann nach Lösungen gesucht werde.

#### **15.6. Mietspiegel - Herr Mollenhauer**

Herr Mollenhauer führt aus, dass vor zwei Jahren für Billerbeck zum ersten Mal ein Mietspiegel erstellt wurde. Dieser werde nach zwei Jahren fortgeschrieben und nach weiteren zwei Jahren komplett neu erstellt. Die Fortschreibung erfolge zurzeit nach dem entsprechenden Index. Danach werde der Mietspiegel leicht erhöhte Werte von 0,20 – 0,30 €/qm ausweisen.

Auf Wunsch von Herrn Nowak wird die endgültige Fassung des Mietspiegels einer Niederschrift beigelegt.

## **16. Anfragen**

### **16.1. Ausbau der Bahnhofstraße - Herr Kleideiter**

Herr Kleideiter erkundigt sich, ob die Bahnhofstraße fertig gestellt, abgenommen und freigegeben sei.

Herr Mollenhauer berichtet, dass die Straße immer, auch während der Baumaßnahme freigegeben war. Die formale Abnahme sei noch nicht erfolgt, es fehlten noch letzte Kleinigkeiten. Insgesamt sei man gut im Zeitrahmen geblieben. Als Fertigstellungstermin sei der 30. September 2008 vorgesehen gewesen.

Herr Kleideiter führt an, dass die Stadt doch bürger-, familien- und behindertenfreundlich sein wolle. Vor diesem Hintergrund weist er darauf hin, dass der Kreuzungsbereich Bahnhofstraße/Richtengraben anders als geplant ausgebaut worden sei, der Bürgersteig in einem Bereich nur 1,28 m breit sei, es eine Stolperkante zur Rasenfläche gebe und der Parkplatz im Bereich der Sparkasse zu klein sei.

Herr Mollenhauer entgegnet, dass die Planung im Detail mit der Interessengemeinschaft Barrierefreies Billerbeck (IBB) und der Straßenverkehrsaufsicht abgestimmt sei. Ihm sei nicht bekannt, dass etwas falsch gelaufen sei. Ein Engpass im Gehweg sei möglich, wenn die Örtlichkeit nichts anderes zulasse.

Herr Kleideiter führt an, dass im Kreuzungsbereich Kopfsteinpflasterreihen verlegt werden sollten, um den Kreuzungsbereich sichtbar zu machen. Er habe 4 fremde Fahrzeugführer beobachtet, die den Kreuzungsbereich nicht als solchen erkannt hätten und einfach darüber gefahren seien.

Frau Dirks sagt Überprüfung und Klärung zu.

### **16.2. Übrig gebliebenes Kopfsteinpflaster - Herr Dittrich**

Herr Dittrich führt an, dass der obere Bereich der Bahnhofstraße komplett mit Kopfsteinpflaster versehen war und fragt nach, was mit den übrig gebliebenen Pflastersteinen passiere.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass die Pflastersteine zwischengelagert seien und für weitere Baumaßnahme in der Stadt verwendet würden.

**16.3. Briefkastenstandorte - Herr Dittrich**

Herr Dittrich erinnert an den SPD-Antrag, wonach die Verwaltung Kontakt mit der Deutschen Post AG aufnehmen sollte, damit die Standorte und die Anzahl der Briefkästen neu überdacht werde und erkundigt sich nach dem Sachstand.

Herr Messing teilt mit, dass er heute mit dem Politikbeauftragten der Deutschen Post gesprochen habe. Dieser habe eingeräumt, dass die nach der Postdienstleistungsverordnung geltenden Abstände zwischen den vorhandenen Briefkastenstandorten in einigen Bereichen nicht eingehalten werden. Über eine Verlagerung einzelner Standorte werde nachgedacht. Die in dem SPD-Antrag angeregte Versetzung des Briefkastens von der Beerlager Straße zum Bahnhof sei unproblematisch. Jetzt müsse noch einiges schriftlich auf den Weg gebracht werden.

**16.4. Einmündung Gantweger Straße in die Ludgeristraße - Herr Dittrich**

Herr Dittrich weist auf eine Gefahrenstelle im Einmündungsbereich Gantweger Straße/Ludgeristraße hin. PKW, die von der Gantweger Straße auf die Ludgeristraße abbiegen wollten gefährdeten Radfahrer, die die Ludgeristraße stadteinwärts beführen. Auf die Wartepflicht aus der Gantweger Straße sollte evtl. durch eine Wartelinie deutlich hingewiesen werden.

Frau Dirks sagt Überprüfung zu.

**16.5. Altpapierentsorgung - Herr Dr. Meyring**

Vor dem Hintergrund, dass derzeit hohe Erlöse für Altpapier erzielt werden, erkundigt sich Herr Dr. Meyring, ob die Möglichkeit bestehe auf das Entsorgungsunternehmen einzuwirken, damit diese Erlöse der Stadt zukommen.

Herr Melzner führt aus, dass der Kreis die eingesammelten Altpapiermengen veräußere und mit dem Erlös die Abfallgebühren subventioniere, also indirekt der Gebührenhaushalt der Stadt über die Gebühr des Kreises entlastet werde.

**16.6. Markierung der Parkflächen in der Bahnhofstraße - Herr Dübbelde**

Herr Dübbelde erkundigt sich, warum die aufgepflasterten Parkflächen in der Bahnhofstraße zusätzlich noch mit Straßennägeln markiert worden seien. Er halte das für überflüssig.

Herr Mollenhauer sagt Überprüfung und Berichterstattung zu.

### 16.7. **Fundsachen - Herr Pfeiffer**

Herr Pfeiffer erkundigt sich, ob die im Fundbüro abgegebenen Fundsachen nicht mit einem Foto im Internet veröffentlicht werden können.

Herr Messing gibt zu bedenken, dass Verlierer die verloren gegangenen Dinge beschreiben müssten, um sie zurück zu bekommen. Wenn die Fundsachen im Internet veröffentlicht würden, könnten sich auch andere als die Verlierer hierauf beziehen.

Frau Dirks sagt zu, den Hinweis tlw. aufzugreifen und auf die Fundsachen ohne Bild im Internet hinzuweisen.

### 16.8. **Geschwindigkeitsreduzierung im Bereich des neuen Radweges Hamern - Herr Pfeiffer**

Herr Pfeiffer weist darauf hin, dass die Geschwindigkeit auf der Straße in Hamern parallel zum neuen Radweg teilweise auf 50 km/h bzw. 70 km/h reduziert sei. Auf einem ca. 250 m langen Zwischenstück dürfe dagegen noch 100 km/h gefahren werden. Er fragt nach, ob auch auf diesem Teilstück die Geschwindigkeit auf 70 km/h reduziert werden könne.

Frau Dirks sagt zu, bei der Straßenverkehrsaufsicht nachzufragen.

### 17. **Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck**

**Herr Heinz Huestedde** merkt kritisch an, dass sein Getränkeshop während der Bauzeit der Bahnhofstraße 5 Wochen lang nicht angefahren werden konnte und er hierdurch Verdienstauffälle hinnehmen musste. Außerdem seien durch die Baumaßnahme die 3 Parkplätze vor seinem Haus weggefallen. Des Weiteren wolle er wissen, warum vor der Sparkasse die alte Pflasterung beibehalten worden sei während die anderen Flächen neu gepflastert wurden, obwohl die Pflasterung in Ordnung gewesen sei.

Frau Dirks und Herr Mollenhauer weisen Herrn Huestedde darauf hin, dass er während der Bauzeit jederzeit die Möglichkeit gehabt hätte, bei Beschwerden direkten Kontakt mit dem Bauleiter oder der Verwaltung aufzunehmen.

Nachdem Herr Huestedde weitere Beschwerden vorbringt, bietet Herr Mollenhauer ihm an, in einem Gespräch vor Ort die Probleme zu besprechen. Herr Mollenhauer betont, dass die Baufirma sehr gut gearbeitet und guten Kontakt zu den Anliegern gepflegt habe.

Herr Huestedde erklärt sich mit einem persönlichen Gespräch vor Ort einverstanden.

Marion Dirks  
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann  
Schriftführerin